

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

19-11557
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Dienstherrenwechsel zu anderen Kommunen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.08.2019

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)

05.09.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Jahresabschlussbericht für den Fachbereich 10 Zentrale Dienste weist im Bereich der Personalkosten im Ergebnis rund 2,5 Mio Euro mehr aus als ursprünglich im Haushalt veranschlagt waren (DS 19-11298). Begründet wird dies damit, dass es deutlich mehr Wechsel von der Stadt Braunschweig zu anderen Kommunen oder Behörden gegeben hat als umgekehrt. Zwar scheint die Anzahl der Fälle, die im Jahresabschlussbericht mit 16 angegeben wird, überschaubar zu sein. Aufgrund des seit Jahren bekannten Problems des Fachkräftemangels und der Schwierigkeit, auch in Braunschweig alle offenen Stellen umgehend mit qualifiziertem Personal besetzen zu können, bieten allerdings auch diese relativ kleinen Zahl Anlass zur Sorge. Vor allem dann, wenn es sich um einen Trend handeln sollte, der sich auch in den nächsten Jahren fortsetzt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Gründe sind der Verwaltung für den Wechsel insb. von städtischen Beamten zu anderen Kommunen oder Behörden bekannt?
2. Wie hat sich die Situation im bisherigen Verlauf des Jahres 2019 entwickelt?
3. Besteht aus Sicht der Verwaltung die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um qualifiziertes Personal noch enger an die Stadt Braunschweig zu binden?

gez. Beate Gries

Anlagen: keine